



24/SVV/0115

Antrag
öffentlich

Kein rechtsextremer Hotspot in Potsdam!

<i>Einreicher:</i>	<i>Datum</i>
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Potsdam sozial gerecht, Fraktion Mitten in Potsdam, Fraktion CDU, Fraktion FDP	23.01.2024

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
24.01.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam schließen sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam spricht sich gegen alle rechtsextremen Aktivitäten aus.

Wir verurteilen entschieden das am 25.11.2023 im Landhaus Adlon stattgefundenere Treffen führender Personen der rechtsextremen und identitären Szene, bei dem über ein Konzept zur Ausweisung von Millionen von Menschen aus Deutschland beraten wurde. Vertrieben werden sollen demnach ausländische Personen, aber auch Menschen deutscher Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund und schließlich Personen, die sich für die Belange dieser Menschen einsetzen. Dem hält die Stadtverordnetenversammlung entgegen: In Deutschland müssen alle Menschen, egal welcher Herkunft, sicher leben können! Die Existenz eines Treffpunkts für rechtsextreme und identitäre Personen und Gruppen auf Potsdamer Gebiet steht den hier gelebten Werten der Vielfalt, Toleranz und Gleichheit aller Menschen diametral entgegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Justiz, Verfassungsschutz und Polizei auf, alle rechtlich zulässigen Mittel auszuschöpfen, um die Etablierung eines solchen Hotspots auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam zu verhindern und der weiteren Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts entgegenzuwirken.

Begründung:

Als Reaktion auf das vom Recherche-Netzwerk Correctiv aufgedeckte Treffen im Landhaus Adlon am 25.11.2023 sieht es die Stadtverordnetenversammlung Potsdam als zwingend erforderlich an, zu den dort besprochenen Inhalten Stellung zu beziehen.

Anlagen:

- | | | |
|---|---|------------|
| 1 | Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages | öffentlich |
|---|---|------------|

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort.

Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.